

An den  
Vorsitzenden des  
Kreistages des  
Main Kinzig Kreises  
Herrn Hubert Müller  
Barbarossastraße 16-24  
63571 Gelnhausen

**30. August 2007**

## **Kreistagssitzung am 21. September 2007**

### **Antrag Vorschaltssicherungssystem bei Totalsanktionen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
DIE LINKE Fraktion stellt zur Sitzung des Kreistages am 22. Juni 2007 folgenden Antrag

#### **Der Kreistag möge beschließen:**

Zur wirksamen Verhinderung weiterer Hungertoter wie in Speyer – und bei anderen möglichen Notfällen – wird im Main Kinzig Kreis ein Vorschaltssicherungssystem eingeführt, das verbindlich regelt, dass vor einer Total/Null-Sanktion der/die zu Sanktionierende von einem eigens einzurichtenden Expertengremium persönlich anzuhören ist.

Dieses Expertengremium setzt sich aus 3 erfahrenden Sozialarbeitern und -pädagogen oder dahingehend ausgebildeten Fachkräften im Sinne von § 6 Abs. 1 SGB XII zusammen. Die Stellungnahme dieses Gremiums ist im Bescheid dem Betroffenen bekannt zu geben.

Zur Verhinderung von sozialen Notlagen werden desweiteren bei anstehenden Totalsanktionen die Betroffenen durch die AQA mit Hilfe eines Informationsblatts auf bestehende Beratungsangebote der Wohlfahrtsverbände und sonstige Einrichtungen hingewiesen, um diese zumindest auf die Möglichkeit einer behördenunabhängigen Beratung und Unterstützung hinzuweisen.

## **Begründung**

Am 16. 4. 2007 ist in Speyer ein 20-Jähriger SGB II-Leistungsberechtigter verhungert. Der Tote ist zuvor von der ARGE auf Null sanktioniert worden.

Obwohl Totalsanktionen zwar rechtmäßig nach dem SGB II sind, verletzen diese nach unserer Auffassung eine Vielzahl von Grundrechten, wie das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit, die Menschenwürde und das Sozialstaatsgebot. Trotzdem muss bis zur rechtlichen Klärung der möglichen Verfassungswidrigkeit von Totalsanktionen eine verbindliche Regelung gefunden werden.

Nach dem Trendbericht der Arbeitsagenturen sind die Pflichtverletzungen zu mehr als 50 % den unter 25Jährigen zuzuordnen. Somit ist davon auszugehen, dass es im Main Kinzig Kreis jeden Monat bei rund 90 bis 100 unter 25Jährigen Leistungsbeziehern zur totalen Leistungseinstellung kommen muss.

Gleichzeitig ist festzustellen dass Sanktionierte nur sehr selten Beratungsstrukturen aufsuchen. In anderen Problembereichen suchen nur ca. 10 % der „harten Fälle“ auch andere Beratungsangebote auf.

Es besteht die erhebliche Gefahr, dass Totalsanktionierte in Kriminalität, Schwarzarbeit, Prostitution und sonstige ungesicherte und gefährliche Lebensverhältnisse abgedrängt werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Andreas Müller  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Dr. Thomas Maurer  
Fraktionsgeschäftsführer